

# 1 **Gemeinsam und solidarisch die Zukunft gestalten:** 2 **Für eine soziale und ökologische Politik im Kreis Wesel**

## 3 **Einleitung**

4 *(Die Einleitung sollte recht aktuell kurz vor der Verabschiedung des Programms verfasst werden)*

## 5 **Armut bekämpfen**

6 Knapp 20% der Menschen im Kreis Wesel sind arm oder von Armut bedroht, sagt das Statistische Bundesamt. Und  
7 diese Zahl wird weiter steigen, denn immer mehr Menschen werden im Alter von ihrer Rente nicht mehr leben  
8 können. Die Gewerkschaften im Kreis Wesel weisen zudem darauf hin, dass auch immer mehr Beschäftigte von ihrer  
9 Arbeit nicht mehr leben können. Viel zu niedrige Löhne und fehlende Vollzeitstellen sind die Ursache. Armut zu  
10 bekämpfen ist dringend notwendig. **Vor allem auf Bundes- und Landesebene müssen dazu Gesetze geändert**  
11 **werden (Mindestlohn 13 Euro, höhere Grundrenten und Rückkehr zur früheren, besseren Rentenberechnung,**  
12 **Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, Verbot von Sanktionen und letztlich Abschaffung von Hartz IV und Ersatz durch eine**  
13 **gute Grundsicherung).**

14 Aber der Verweis auf schlechte Bundesgesetze darf nicht dazu führen, dass der Kreis Wesel seine Hände in den  
15 Schoß legt. Wir halten folgende Schritte für notwendig:

16 **Bildungsangebote und Leistungen öffentlicher Träger müssen allen Kindern kostenlos zur Verfügung gestellt**  
17 **werden.** Das beginnt bei Kita-Gebühren und geht von Essensbeiträgen über Klassenfahrten bis hin zu  
18 Musikschulkursen und dem Schwimmbadeintritt. Vorherige „Bedürftigkeitsprüfungen“ sind keine Lösung. Zum  
19 einen müssen Kinder dann immer wieder ihre Armut öffentlich ansprechen, zum anderen fallen Kinder aus Familien  
20 „durch den Rost“, bei denen im Prinzip ein ausreichendes Einkommen vorhanden ist, welches aber z. B. durch  
21 Schulden nicht zur Verfügung steht. Zudem gibt es viele Fälle, in denen Familien knapp über den jeweiligen  
22 Einkommensgrenzen für Kostenbefreiungen liegen. Oftmals stehen der bürokratische Aufwand zur Beantragung und  
23 Prüfung von Ermäßigungen und die damit verbundenen Kosten auch in keinem Verhältnis zur dann gewährten  
24 „Ermäßigung“. Von daher: kostenfreie Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für alle Kinder.

25 Entsprechende Regelungen müssen für Menschen über 65 Jahre gelten. Gerade ältere Menschen wollen ihre Armut  
26 verdecken und sich nicht durch das Vorzeigen von Bescheinigungen von Kosten befreien lassen. **Kostenfreiheit für**  
27 **Kultur-, Sport und Freizeitangebote der öffentlichen Hand sichert die Teilhabe älterer Menschen am**  
28 **gesellschaftlichen Leben ab und verhindert damit auch Vereinsamung und Altersdepressionen.**

29 **Der Kreis Wesel muss Beratungsangebote zu den Themen Wohngeld und Grundsicherung im Alter einführen** und  
30 aktiv dafür werben, dass Menschen diese Leistungen auch beantragen. Gerade ältere Menschen scheuen sich, ihr  
31 Recht auf diese Leistungen einzufordern. Deshalb dürfen wir nicht einfach abwarten bis die Menschen zum Amt  
32 kommen, sondern müssen sie durch Informationsangebote (Faltblätter, Veranstaltungen usw.) motivieren, ihre  
33 Ansprüche überprüfen zu lassen.

34 **Das Jobcenter im Kreis Wesel muss auf Sanktionen verzichten und darauf ausgerichtet werden, Menschen nur in**  
35 **existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.** Wer von Hartz IV lebt, steht ständig unter Druck, weil  
36 finanzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe fehlen. Rückzug bis hin zu Depressionen sind nicht selten die  
37 Folge. Genau diese Menschen, die aus Verzweiflung Termine nicht wahrnehmen oder Post nicht mehr öffnen,  
38 werden dann auch noch „sanktioniert“ und durch Kürzungen der Leistungen weiter geschwächt. Sanktionen sind ein  
39 unwürdiger Umgang mit Menschen. Sie müssen eingestellt werden.

40 **Das Jobcenter muss Personen stärken und fördern. Dazu gehört vor allem auch, Menschen in existenzsichernde**  
41 **Arbeit zu vermitteln.** Derzeit erleben wir, dass immer mehr Menschen in Minijobs, Leiharbeit, Teilzeitstellen oder  
42 sogar in völlig ungesicherte Selbständigkeit (gerade im Dienstleistungsbereich) getrieben werden. Sie sind dann  
43 häufig weiterhin auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Das nutzt letztlich nur den Unternehmen und Konzernen, die  
44 ihre Billigjobs besetzt bekommen und es dem Staat überlassen, dazu zu zahlen.  
45 DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Jobcenter sich dieser Problematik annehmen und nicht länger in „schlechte Arbeit“  
46 vermitteln. Notwendig ist zudem der Ausbau der öffentlichen, tariflich entlohnten Beschäftigung. **Beendet werden**  
47 **muss eine Politik, bei der einerseits Stellen im öffentlichen Dienst erst abgebaut werden, um sie dann als**

48 **vermeintlich „zusätzliche“ Stellen in „Arbeitsmarktprogramm“ wieder einzuführen – zu schlechteren**  
49 **Bedingungen.**

50 **Die vollständige Übernahme der Wohnkosten, genannt auch „Kosten der Unterkunft“ durch die Jobcenter ist**  
51 **grundsätzlich notwendig.** Für Kunden des Jobcenters sollten zudem die Kosten der Mitgliedschaft in einem  
52 Mieterverein übernommen werden, damit unzulässige Mieterhöhungen und falsche Nebenkostenabrechnungen  
53 auffallen und verhindert werden. Umzugsaufforderungen und Zwangsumzüge wegen zu großer bzw. zu teurer  
54 Wohnungen dürfen grundsätzlich keine Methoden sein, mit denen Jobcenter agieren. Vielmehr ist es wichtig, dass  
55 Menschen, die arbeitslos sind, ihr soziales Umfeld behalten und sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren  
56 können, um ihre Wohnung wieder selbst finanzieren zu können.

57 Immer wieder kommt es zu Strom- und Gassperren, weil Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen können. **DIE**  
58 **LINKE will Energiesperren vermeiden und setzt sich dafür ein, dass kommunale**  
59 **Energieversorgungsunternehmen gemeinsam mit den Kommunen und dem Kreis Wesel hierzu Lösungen finden.**  
60 Es muss zum einen ein Härtefallfonds eingerichtet werden, zum anderen müssen Energiekosten auch rückwirkend  
61 übernommen werden, falls sich herausstellt, dass Menschen schon früher Sozialleistungen hätten beantragen  
62 können. In Zweifelsfällen sind Strom- und Gassperren durch Darlehensvergaben zu vermeiden.

63 **Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit ist eine wichtige Herausforderung. Dazu müssen Zwangsräumungen**  
64 **verhindert werden.** Wer seine Wohnung erst einmal verloren hat, wird kaum eine neue finden. Kreis und  
65 Kommunen müssen eine gemeinsame Task-Force zur Verhinderung von Wohnungsnotfällen gründen. **Für**  
66 **wohnungslose Menschen im Kreis Wesel muss ein „housing first“-Programm aufgelegt werden.** Hinter diesem in  
67 anderen Ländern erfolgreichen Ansatz steckt die Idee, dass eine neue Wohnung als erster Schritt zur Stabilisierung  
68 notwendig ist und alle anderen, oftmals bei wohnungslosen Menschen vorhandenen Problemlagen danach  
69 angegangen werden. Derzeit wird aber erwartet, dass Menschen ihre anderen Angelegenheiten  
70 (Schuldenregulierung, Antragstellung bei Behörden und Terminwahrnehmung, gesundheitliche Fragen usw.) erst  
71 regeln. Aus einem Leben auf der Straße heraus ist das aber so gut wie unmöglich.

72

## 73 **Bildung und Ausbildung**

74 Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen. Bildung dient der Vermittlung von Werten, dient der Emanzipation  
75 und der damit verbundenen Persönlichkeitsentwicklung. Gute Bildung macht Menschen selbstbestimmt,  
76 mitbestimmend und solidarisch. Gute Bildung ist ein Recht – sie muss für alle zugänglich und daher kostenfrei sein.

77 **DIE LINKE tritt für gebührenfreie Kitas mit einer kostenlosen Essensversorgung ein.** Noch immer ist aber auch im  
78 Kreis Wesel noch nicht einmal der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung wirklich abgesichert. Erzieher\*innen  
79 fehlen, Kita-Gruppen sind zu groß, Öffnungszeiten sind unzureichend, Tagespflege wird als Alternative zu Kitas  
80 vermarktet. Von daher sind vor allem ausreichende Mittel für eine gute Kita-Ausstattung notwendig. Auch die Zahl  
81 der von den Kommunen selbst getragenen Kitas soll steigen.

82 **Der Beruf des/der Erzieher\*in muss, unter anderem durch bessere Eingruppierungen, aufgewertet werden.** Die  
83 Zahl der Ausbildungsplätze muss im Kreis Wesel deutlich erhöht werden, und zugleich müssen Menschen aus der  
84 Tagespflege dazu bewegt werden, eine Erzieher\*innenausbildung einzuschlagen.

85 **Kita-Öffnungszeiten müssen so ausgebaut werden, dass sie auch den Bedarf der zahlreichen Berufspendler\*innen**  
86 **abdecken.** Gleichzeitig müssen in den meisten Kitas Gruppen verkleinert werden. Kommunen, Kreis und freie Träger  
87 sollten zudem ein gemeinsames Programm für „Springer\*innen“ entwickeln, um personelle Ausfälle besser  
88 kompensieren zu können.

89 **Für die Essensverpflegung muss regionale und gesunde Kost in allen Kitas die Regel werden,** die Zahl der Kitas, in  
90 denen selbst durch angestelltes Küchenpersonal gekocht wird, muss erhöht werden.

91 Die Schulentwicklungspläne im Kreis Wesel müssen aktualisiert und ergänzt werden und sich dabei an folgenden  
92 Vorgaben orientieren: **Schulen müssen ganztägig und inklusive der Essensversorgung kostenfrei sein, wohnortnah**  
93 **erhalten bleiben, Inklusion leben, individuelle Förderung ermöglichen und räumlich und sächlich gut ausgestattet**  
94 **sein.** Die Vielfalt der Schüler\*innen sollte sich im Kollegium spiegeln und zusätzlich zu den pädagogischen Kräften sind  
95 auch Schulsozialarbeiter\*innen einzusetzen.

96 **Grundschulen sollten als Schulen mit „gebundenem Ganztag“ geführt werden und dabei qualitativ hochwertige**  
97 **Angebote im Bereich des Spielens, des Sports und der Kultur anbieten.** Gerade Grundschulen müssen auch im  
98 ländlichen Raum sehr wohnortnah erhalten bleiben.

99 Zurückgehende Schülerzahlen gefährden gerade im ländlichen Bereich die wohnortnahen Grundschulen. **DIE LINKE**  
100 **erwartet vom Kreis, dass alle Möglichkeiten zum Erhalt kleiner wohnortnaher Grundschulen genutzt werden.**

101 Im Bereich der weiterführenden Schulen muss es zu einer regionalen und vom Kreis zu koordinierenden  
102 Schulentwicklungsplanung kommen, die auch benachbarte Städte und Gemeinden mit einschließt.

103 **DIE LINKE tritt hält das Konzept der Gesamtschule nach wie vor für das erfolgreichste und sinnvollste Schulkonzept**  
104 **und wirbt bei anstehenden Neuerrichtungen von Schulen für die Gesamtschul-Form.**

105 In der Sekundarstufe II haben viele Gymnasien und Gesamtschulen in der Oberstufe zu wenige Schüler\*innen, um  
106 ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungs- und Grundkursen anzubieten. Viele Gymnasien versuchen, dem  
107 durch Kooperation abzuwehren. Wir begrüßen dies und fordern den Kreis auf, darauf hinzuwirken, dass auch  
108 Gesamtschulen und Berufskollegs in solche Kooperationen mit einbezogen werden, wo immer dies möglich ist. **Der**  
109 **Kreis Wesel benötigt perspektivisch Oberstufenzentren, die ein größeres Wahlangebot bereitstellen können.**

110 **Die Kommunen im Kreis Wesel müssen auch die Verschiedenheit der Schüler\*innen stärker in den Blick nehmen.**  
111 Insgesamt muss die Schulsozialarbeit verstärkt werden. Schulen sind auf Grund ihrer Lage, ihres Wohnumfeldes und  
112 ihres Einzugsgebiets sehr unterschiedlich. Ihre Schüler\*innen unterscheiden sich kulturell, sprachlich, in ihren  
113 Vorerfahrungen, ihrer familiären Unterstützung und auch im Familieneinkommen. Schulen mit sehr heterogener  
114 Schüler\*innenschaft und mit vielen Belastungen haben andere und schwierigere Aufgaben als Schulen mit einer  
115 Schüler\*innenschaft, die überwiegend einen bildungsbürgerlichen und einkommensstarken Hintergrund hat.

116 **Daher will DIE LINKE einen schulbezogenen Sozialindex („Schulsozialindex“) anwenden, um die Schulen, etwa bei**  
117 **Gebäuden und mit mehr Schulsozialarbeit besser auszustatten, die vielfältige Sozial- und Bildungsaufgaben**  
118 **gleichzeitig stemmen müssen.** In den Kommunen setzen wir uns dafür ein, einen landesweiten Schulsozialindex und  
119 eine Gesetzgebung für mehr Lehrkräfte und kleinere Klassen dort zu erhalten.

120 **Um Inklusion im Bildungsbereich zu ermöglichen ist dringend die Bereitstellung von mehr Personal erforderlich.**  
121 Der Kreis Wesel muss hier entsprechenden Druck auf die Landesregierung ausüben. DIE LINKE hält eine inklusive  
122 Beschulung für sinnvoll und förderungswürdig. Gleichwohl wissen wir um die enormen Leistungen der  
123 Förderschulen und darum, dass inklusive Beschulung derzeit in vielen Fällen an mangelnder personeller und  
124 sächlicher Ausstattung der Regelschulen scheitert. Hier besteht großer Handlungsbedarf.

125 Trotz angeblich drohenden Fachkräftemangels suchen viele Jugendliche vergeblich einen passenden  
126 Ausbildungsplatz mit guter Berufsperspektive. Jährlich fehlen zudem allein im Kreis Wesel über 900  
127 Ausbildungsplätze, stattdessen werden unterschiedliche Programme angeboten. Unnütze Warteschleifen für  
128 Jugendliche und sinnlose Scheinfortbildungen schaffen aber keine beruflichen Perspektiven. **Angesichts der**  
129 **fehlenden Ausbildungsplätze ist ein überbetriebliches Ausbildungszentrum des Kreises notwendig.**

130 Mit den Volkshochschulen verfügen die Kommunen über wichtige Einrichtungen zur Weiterbildung weiter Teile der  
131 Bevölkerung. Aber die Kursgebühren sind oftmals zu hoch oder in den letzten Jahren stark eingeschränkt worden –  
132 und die Honorare für Dozent\*innen sind zu niedrig, um davon leben zu können. **DIE LINKE tritt für eine verstärkt**  
133 **Förderung der Volkshochschulen ein, um niedrigere Kursgebühren, einen Ausbau des Kursangebotes, verstärkte**  
134 **Kooperation im Kreisgebiet und bessere Honorare für Dozent\*innen zu ermöglichen.**

135 **Als Hochschulstandort muss der Kreis Wesel aktivere Hochschulpolitik betreiben.** Die Expertise der Hochschule  
136 muss für die unterschiedlichen Politikbereiche der Kommunen und des Kreises nutzbar gemacht werden, gerade im  
137 Bereich des Umweltschutzes. Zudem bietet die Existenz der Hochschule auch Möglichkeiten zur Ansiedlung von  
138 Unternehmen, die nahe an den dortigen Studiengängen tätig sind.

139

140

## Arbeitsmarktpolitik

141 Zwar hat die Zahl der amtlich gemeldeten Erwerbslosen sich in den letzten Jahren auch im Kreis Wesel deutlich  
142 verringert, aber von einem „Beschäftigungswunder“ kann keine Rede sein. Denn zum einen werden zahlreiche  
143 Erwerbslose einfach aus der Statistik herausgerechnet, zum anderen hat die Zahl der Mini- und Teilzeitjobs, der  
144 befristeten Stellen und Leiharbeitsverhältnisse auch im Kreis Wesel enorm zugenommen. Ein Großteil der  
145 Freiberufler und viele Selbstständige lebt unter prekären Bedingungen. Zudem sind Werkschließungen oftmals damit  
146 verbunden, dass die qualifizierten Beschäftigten keinen Ersatzarbeitsplatz in ihrem jeweiligen beruflichen Bereich  
147 finden können. **DIE LINKE tritt für gute Arbeitsplätze ein: tariflich bezahlt, existenzsichernd, unbefristet.**

148 Gerade im öffentlichen Dienst hat es in den vergangenen Jahren einen massiven Stellenabbau gegeben, gerade hier  
149 gibt es aber auch die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

150 Lange Wartezeiten bei Bürgerämtern und in der Kfz-Zulassungsstelle sind inakzeptabel, Kindertagesstätten  
151 benötigen mehr Erzieher\*innen., die Herausforderungen der demographischen Entwicklung im Kreis Wesel und des  
152 Klimaschutzes sind zwei weitere Beispiele, an denen deutlich wird: es gibt genug zu tun! **DIE LINKE tritt für einen  
153 deutlichen Ausbau des öffentlichen Dienstes und eine Verbesserung der Daseinsvorsorge ein. Die Servicestellen  
154 der Kommunen und des Kreises müssen personell besser ausgestattet werden.**

155 Der Stellenabbau und die Ausgliederungen im öffentlichen Dienst müssen beendet, **Auszubildende müssen  
156 unbefristet übernommen werden.**

157 Kommunale Eigenbetriebe und Gesellschaften zur öffentlichen Daseinsvorsorge müssen, wie die KWAregio zur  
158 Abfallbeseitigung, ausgebaut werden.

159 DIE LINKE tritt dafür ein, dass kommunale Stadtwerke verstärkt zu Einrichtungen auch regenerative sowie dezentrale  
160 Energie selbst erzeugen. Damit entstehen ebenso zukunftssichere Arbeitsplätze wie mit dem Ausbau von  
161 Dienstleistungen bei diesen Unternehmen (Beratungen im Bereich der Energieeinsparung und -gewinnung).

162 **Die Arbeitsmarktförderung muss zudem darauf ausgerichtet werden, kleine und mittelständische Unternehmen  
163 stärker zu beraten und damit dazu beizutragen, dass dort sichere, tariflich bezahlte Arbeitsplätze erhalten bleiben  
164 oder neu geschaffen werden können.**

165 Der Kreis Wesel muss zudem seine Kontrollfunktion in diversen Gewerbebereichen intensivieren und dabei die  
166 Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und Tarifverträgen wirksam kontrollieren. **Unzulässige Überstunden,  
167 mangelnde Ruhepausen und vieles mehr sind in einigen Betrieben üblich, um Personal einzusparen und Profite zu  
168 maximieren. Dem muss entgegengewirkt werden.**

169 Im Bereich der Wirtschaftsförderung muss ein verstärktes Augenmerk darauf gerichtet werden, ob Unternehmen  
170 tatsächlich existenzsichernde, zukunftsfähige Arbeitsplätze anbieten.

171

## 172 **ÖPNV und Verkehrspolitik**

173 Der öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muss deutlich gestärkt werden, weil nur er die sozialen und  
174 ökologischen Verkehrsprobleme lösen kann. Der Kreis Wesel als Aufgabenträger für den ÖPNV wird dieser Aufgabe  
175 derzeit nicht gerecht. Durch die Privatisierung der NIAG AG stehen nicht mehr die Bedürfnisse der Einwohner\*innen  
176 im Mittelpunkt, sondern Gewinninteressen. Der ÖPNV gehört aber zum Bereich der Daseinsvorsorge. **Auch**  
177 **abgelegene Orte müssen abends und am Wochenende gut mit Bussen erreichbar sein – und das zu bezahlbaren**  
178 **Preisen.** Ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand ist das nicht zu leisten.

179 **DIE LINKE tritt daher für einen Ankauf der privaten Anteile der NIAG AG durch den Kreis Wesel und einen**  
180 **deutlichen Ausbau des Streckenplans ein.** Ergänzt werden muss dies durch Anruf-Sammeltaxis oder Busse-nach-  
181 Bedarf-Systeme. Bund und Land sind zudem gefordert, den ÖPNV so mit Mitteln auszustatten, dass die Fahrpreise  
182 deutlich gesenkt werden. Dies sehen wir als einen ersten Schritt hin zum Nulltarif für Bus und Bahn. Den Versuch, die  
183 kosten für einzelne Bus- und Bahnverbindungen vom Kreis Wesel auf die betroffenen Städte zu verlagern (siehe 903  
184 in Dinslaken) lehnen wir ab.

185 Gepflegte Haltestellen, Bahnhöfe und Mobil-Stationen müssen ein Qualitätsmerkmal für eine attraktive Stadt, Mobil-  
186 Stationen müssen ausgebaut werden. Dort sollen Busverkehr, Leihfahrräder, Mietautos, Taxistand, Radstation und  
187 schnelle Verbindungen zum Bahnverkehr aufeinandertreffen.

188 Gerade für die Pendler\*innen und Besucher\*innen müssen Bike- oder Park-and-Ride Systeme weiterentwickelt und  
189 umgesetzt werden. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Entlastung des  
190 Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften, Car-Sharing und Leihradssysteme können nicht nur in Städten, sondern  
191 insbesondere auch im ländlichen Raum wirken.

192 Ziel muss es sein, den öffentlichen Nahverkehr so attraktiv zu gestalten, dass Menschen gerne vom Auto auf Bus und  
193 Bahn umsteigen. Der Anteil des Autoverkehrs am Gesamtverkehr muss deutlich gesenkt werden. Das geht aber nur,  
194 wenn gute Alternativen bestehen.

195 Notwendig ist auch der lange vernachlässigte Ausbau von Radwegen im Kreis Wesel.

196

197

## Kommunale Selbstverwaltung und öffentlicher Dienst

198

199

200

201

202

203

204

Die kommunale Selbstverwaltung ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker ausgehöhlt worden. Landes- und Bundesregierung haben den Kommunen und Kreisen immer mehr und immer neue Aufgaben übertragen, aber sich nicht oder nur unzureichend an den Kosten beteiligt. Die finanziellen Handlungsspielräume wurden dadurch immer enger, hinzu kamen neoliberale Vorschriften, die den Städten, Krisen und Gemeinden auch viele eigenwirtschaftlichen Engagements erschwert oder verunmöglicht haben. Es ist nachvollziehbar, dass immer mehr Einwohner\*innen daher auch den Eindruck haben, dass Politik bürokratisch sei und mit ihren eigenen Interessen nichts zu tun habe.

205

206

**DIE LINKE tritt für eine umfassende Ausfinanzierung der Kommunen, eine Stärkung ihrer Kompetenzen und für direkte Demokratie vor Ort ein.**

207

208

209

Die von CDU und FDP durchgesetzte Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen lehnen wir entschieden ab. Wir brauchen mehr, nicht weniger Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Einwohner\*innen.

210

211

212

213

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Haushaltsberatungen im Kreis und in den Kommunen wesentlich transparenter gestaltet werden. Die Haushaltsplanentwürfe müssen nicht nur „ausgelegt“ und veröffentlicht werden, sie sollten auch auf öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden. Weitere Beteiligungsverfahren bis hin zum Bürgerhaushalt sind zu entwickeln.

214

215

216

217

Auch über den Haushalt hinaus müssen die Menschen direkt über Angelegenheiten von großer Tragweite umfassend informiert und in die Entscheidungen einbezogen werden. **Hierzu müssen Einwohner\*innenversammlungen und -beteiligungsverfahren wesentlich ausgebaut werden.** Bürgerbegehren müssen aktiv von der Verwaltung unterstützt werden. Bürgerentscheide sollen zum normalen Handwerkzeug der politischen Gestaltung werden.

218

219

220

221

Wir sind für eine Stärkung der Möglichkeiten von Betroffenen, sich in die Kreistags- bzw. Ratsberatungen einzubringen und treten für die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei Beteiligungsunternehmen ein. Dies umfasst z.B. Fahrgastbeiräte, Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern, Jobcenter-Beiräte.

222

223 **Rekommunalisierung statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen**

224 **DIE LINKE steht für den Erhalt und die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen und**  
225 **Ausgliederungen lehnen wir entschieden ab.**

226 Öffentliche Aufgaben des Kreises Wesel im Bereich der Daseinsvorsorge sind zum Beispiel der Öffentliche  
227 Personennahverkehr, die Abfallentsorgung und der öffentliche Wohnungsbau. Sie dürfen weder privatisiert noch  
228 den Gesetzen von Markt und Wettbewerb untergeordnet werden. **Deshalb tritt DIE LINKE auch dafür ein, dass die**  
229 **NIAG wieder zu einem ausschließlich öffentlichem Unternehmen wird. Der öffentliche Nahverkehr kann nur gut**  
230 **ausgebaut werden, wenn er nicht dem Gewinnstreben unterliegt.**

231 Denn im Bereich der Daseinsvorsorge geht es, wie der Begriff schon sagt, um die umfassende Versorgung der  
232 Bevölkerung mit Dienstleistungen und nicht um die Versorgung von Aktionären mit Profiten.

233 **Grundsätzlich sollen öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge durch Eigenbetriebe erbracht werden, da diese**  
234 **am Besten demokratisch kontrolliert werden können und Entscheidungen politischer Gremien auch konsequent**  
235 **umgesetzt werden müssen.** Bei privatrechtlich organisierten öffentlichen Unternehmen (also z. B. GmbHs im  
236 Kreiseigentum) ist dies wesentlich schwieriger. Allerdings scheint es so, dass insbesondere durch EU-Bestimmungen  
237 in bestimmten Bereichen eine privatwirtschaftliche Organisation der öffentlichen Unternehmen nicht vermeidbar ist.

238 **Die Stärkung der Kreis Weseler Abfallgesellschaft durch Kooperation mit weiteren öffentlichen**  
239 **Entsorgungsbetrieben ist für uns wichtig.** Die Ära der hohen Müllgebühren ist durch die Abschreibung der  
240 Müllverbrennungsanlage nun beendet. Von daher darf es jetzt nicht zu einer Privatisierung kommen.

241 **Der Kreis Wesel muss seine Anteile an Wohnungsbaugesellschaften aktiv managen und sich dafür einsetzen, dass**  
242 **zusätzlicher, preiswerter Wohnraum entsteht.** Die Anteile dürfen nicht veräußert werden.

243 **Der Kreis Wesel muss sich dafür einsetzen, dass das System der öffentlich-rechtlichen Sparkassen erhalten bleibt.**  
244 Zur Sicherstellung einer angemessenen Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen ist die Aufrechterhaltung  
245 der öffentlichen Rechtsform in kommunaler Trägerschaft als allein mögliche Organisationsform zwingend geboten.  
246 **Gleichzeitig müssen die Sparkassen ihrem Auftrag auch gerecht werden.** Gebühren z. B. für die Bargeldabhebung  
247 am Schalter lehnen wir ab.



## 248 Finanzpolitik

249 Eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen ist dringend notwendig.  
250 **DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht immer weiter durch Kürzungen von**  
251 **Landes- und Bundeszuweisungen ausgehöhlt wird.** Alle Bundes- und Landesregierungen haben die finanzielle  
252 Ausstattung der Kommunen und Kreise zu Lasten der kommunalen Ebene immer weiter verschlechtert.

253 Die neoliberale Politik hat zudem dazu geführt, dass Städte, Gemeinden und Kreise ihr Handeln  
254 betriebswirtschaftlichen Kriterien unterwerfen, die dem Gemeinwohl Gedanken immer wieder entgegenstehen.  
255 **Öffentliche Mittel müssen sparsam verwendet werden, das steht außer Frage. Aber Rettungsdienste,**  
256 **Feuerwehren und Kindertagesstätten lassen sich nicht wie Imbissstuben oder Sonnenstudios**  
257 **betriebswirtschaftlich führen.**

258 **DIE LINKE tritt für eine Haushaltspolitik im Kreis Wesel ein, die sich am Gemeinwohl der Menschen orientiert und**  
259 **die eine leistungsstarke Infrastruktur sichert und erweitert.** Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge hat  
260 einen zentralen Stellenwert bei der finanziellen Ausrichtung des Kreises einzunehmen.

261 DIE LINKE kämpft dafür, dass Bund und Land den Kommunen die Mittel bereitstellen, die diese benötigen, um die  
262 entsprechende Infrastruktur zu finanzieren. **Das Vorhalten einer leistungsstarken Infrastruktur ist auch im Interesse**  
263 **kommender Generationen.**

264 Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen geben Sinn, da durch sie entsprechende und notwendige  
265 Sachwerte angeschafft oder erhalten werden. **Spekulationsgeschäfte mit den Geldern des Kreises und der**  
266 **Kommunen haben zu unterbleiben.**

267

## Gesundheitspolitik

269 „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße  
270 Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen. Die Erlangung des möglichen Gesundheitszustandes ist eines der  
271 Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der  
272 wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“ Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat diese umfassende Definition  
273 des Begriffs Gesundheit verabschiedet und für DIE LINKE ist es wichtig, dass Gesundheitspolitik sich an dieser  
274 umfassenden Definition orientiert.

275 **Gesundheit kann und darf also keine Ressource zur wirtschaftlichen Generierung von Profiten darstellen, sondern**  
276 **ist eine klare Menschenrechtsnorm, die es zu verwirklichen gilt.** Als für den Kreis Wesel zuständige Behörde ist das  
277 Gesundheitsamt u.a. dafür verantwortlich, die allgemeingültige Norm auch für diejenigen zu realisieren, die es aus  
278 der eigenen Kraft heraus nicht schaffen.

279 Von A wie AIDS-Beratung bis Z wie Zahnärztlicher Dienst umfasst das Aufgabenspektrum des Gesundheitsamtes  
280 etwa 70 verschiedene Bereiche und ständig kommen neue Aufgaben hinzu. **DIE LINKE tritt daher für einen**  
281 **personellen Ausbau in diesem Bereich ein.**

282 **Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der**  
283 **Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein.** Auch die  
284 Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient\*innen müssen weiter gestärkt werden. Die von grünen, CU und  
285 FDP vorgenommenen Kürzungen bei der AIDS-Hilfe wollen wir zurücknehmen.

286 Die Privatisierung hat auch vor den Krankenhäusern im Kreis Wesel keinen Halt gemacht. Personalstellen werden  
287 abgebaut und die unter enormen Belastungen arbeitenden Pflegekräfte sind dazu angehalten, immer mehr  
288 Patientinnen und Patienten zu versorgen. **Krankenhäuser dürfen nach unserer Auffassung nicht privaten**  
289 **Profitinteressen dienen, sondern nur den Patient\*innen.** „Rechnen“ kann sich das nicht, so wie sich auch Schulen  
290 nicht „rechnen“.

291 **Die Rettungsdienste im Kreis Wesel müssen deutlich ausgebaut werden, Notfallstellen dürfen nicht abgebaut,**  
292 **Notdienstpraxen nicht geschlossen werden.**

293 Die Apotheken im Kreis Wesel stehen zunehmend unter dem Druck der online-Konkurrenz. DIE LINKE setzt für den  
294 Erhalt der Apotheken im Kreis ein und fordert ein Verbot von Online-Apotheken. Apotheken vor Ort bieten  
295 Beratungen, haben einen Notdienst und sind gerade für akut Erkrankte und für ältere Bürger\*innen unverzichtbar.

296 Gerade wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken.  
297 Eine medizinische Grundversorgung nah Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern. **Dazu**  
298 **können Modelle aus anderen Bundesländern genutzt werden wie beispielsweise das Docmobil, bei dem**  
299 **Ärzt\*innen in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche**  
300 **machen (VERAH).**

301 **Die kommunalen Gesundheitskonferenzen müssen zukünftig öffentlich tagen,** Konferenzergebnisse müssen  
302 bekannt gegeben werden. Die Selbstorganisation von Betroffenen müssen in die Arbeit der Konferenzen einbezogen  
303 werden.

304 **Ausgebaut und dauerhaft abgesichert werden muss die medizinische Versorgung obdachloser Menschen ebenso**  
305 **wie die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.**

## 306 **Kinder- und Jugendpolitik**

307 Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen eine  
308 Zukunftsperspektive und darüber hinaus gesicherte Angebote an qualifizierter Betreuung, Schule, kultureller  
309 Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten. Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen  
310 leben müssen, nimmt weiter zu – ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug  
311 oder von sogenannten „Aufstockern“. Dass diese Kinder aus armen Verhältnissen von Geburt an benachteiligt sind,  
312 obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen, ist nicht hinnehmbar. **Ein Hauptziel unserer Kinder-**  
313 **und Jugendpolitik stellt daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut dar.** Unsere Forderungen hierzu  
314 sind im Programmteil „Armut bekämpfen“ benannt.

315 **Wir setzen uns für eine besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadt- und**  
316 **Gemeindeteilen und von selbstverwalteten Jugendzentren mit Sach- und Personalausstattung ein.** Jeder größere  
317 Stadtteil und jede Gemeinde sollte ein entsprechendes bedarfsgerechtes Angebot vorhalten.

318 Aber auch der Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte sowie die partizipative Planung und  
319 Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche, die Gestaltung und Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und  
320 Aufenthaltsräume und flächendeckende kostenlose Ferienspielaktionen und kostengünstige Ferienfreizeiten sind  
321 wichtige Punkte für die Freizeitgestaltung junger Menschen.

322 **In den Kommunen sind Kinder- und Jugendräte mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und dessen**  
323 **Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen notwendig, um Mitbestimmung**  
324 **und Teilhabe zu sichern.**

325 Im Bereich der „Hilfen zur Erziehung“ muss ausreichend Personal zur Verfügung stehen, die Angebote sind auch  
326 niedrigschwellig zu bewerben, damit bei Problemen frühzeitig Hilfe in Anspruch genommen wird.

## 327 Gleichstellungspolitik

328 Eine konsequente Gleichstellungspolitik ist Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. **Niemand darf aufgrund seiner**  
329 **sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden.** Doch auch im Kreis Wesel sieht die  
330 Realität anders aus: Frauen landen in schlechter bezahlten Berufen oder erhalten weniger Geld für gleichwertige  
331 Arbeit. Auch im öffentlichen Dienst sind Frauen in Führungspositionen immer noch deutlich weniger vertreten als  
332 Männer. Frauenhäuser sind überfüllt. Für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen gibt es nur unzureichende  
333 Anlaufstellen im Kreis Wesel. **DIE LINKE tritt für eine offensive Gleichstellungspolitik ein.**

334 **Die Gleichstellungsbeauftragten in Kreis und Kommunen müssen in ihren Kompetenzen weiter gestärkt werden,**  
335 **das Thema Gleichstellung muss zudem in eigenen Kreistags- und Ratsausschüssen angesiedelt werden, um es von**  
336 **dort aus als Querschnittsaufgabe behandeln zu können. Frauen- und Queerorganisationen müssen in diese**  
337 **Gremienarbeit eingezogen werden.**

338 Für die Führungsebenen der Verwaltungen und der kommunalen Betriebe müssen verbindliche Frauenquoten  
339 eingeführt werden, in den Personalentwicklungsplänen muss die Frauenförderung einen höheren Stellenwert  
340 erlangen.

341 In der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit müssen geschlechtsspezifische und queere Angebote feste  
342 Bestandteil der Arbeit werden. Jugendliche sollen durch qualifizierte Angebote die Möglichkeit haben, Stereotype  
343 auszuräumen und somit den Abbau von Diskriminierung sowie Mobbing zu fördern. **Treffpunkte und Angebote für**  
344 **queere Jugendliche und Erwachsene müssen ausgebaut und dazu auch vom Kreis Wesel mitgefördert werden.**

345 Die von Grünen/CDU und FDP vorgenommenen Kürzungen bei Frauenprojekten müssen zurückgenommen werden.  
346 **Die Schutz- und Hilfseinrichtungen für Frauen (z. B. Frauenhäuser) im Kreis Wesel sind einzelfallunabhängig,**  
347 **pauschal und auskömmlich zu finanzieren.**

348 **Der zunehmenden Hetze der politischen Rechten gegen alles, was mit „Gender“ zu tun hat, muss mit aktiver**  
349 **Aufklärungsarbeit entgegengetreten werden.**

350 Im Bereich der Haushaltsberatungen des Kreises und der Kommunen ist darauf Wert zu legen, geschlechtsspezifische  
351 Auswirkungen von Haushaltsbeschlüssen aufzuzeigen.

352 Bei der Benennung von Gebäuden, Straßen usw. ist darauf Wert zu legen, insbesondere Frauenpersönlichkeiten aus  
353 dem Kreis Wesel zu berücksichtigen.

## 355 **Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

356 Rund zehn Prozent der Bevölkerung lebt mit anerkannten Behinderungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in  
357 Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist die Teilhabe für sie nur eingeschränkt  
358 möglich.

359 Daher fordert DIE LINKE Kreis Wesel:

- 360 ⑩ Ab sofort keine neuen Barrieren zu errichten und bestehende Barrieren jeglicher Art in allen  
361 Lebensbereichen energisch abzubauen. Dabei sollten spürbare Sanktionen bei Zuwiderhandlung, aber auch  
362 Investitionsprogramme oder Fördermöglichkeiten vereinbart werden;
- 363 ⑩ Bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und –  
364 Phase sowie in jedem gesellschaftliche Zusammenhang;
- 365 ⑩ Die Kommunen und der Kreis müssen Inklusionsbeauftragte ernennen, die in allen Fragen der örtlichen  
366 Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen. Die Verwaltungen sollen amtsübergreifende  
367 Inklusionsteams bilden und die notwendige Qualifizierung ihrer Beschäftigten sicherstellen.
- 368 ⑩ Die Organisation und Vertretungen der Menschen mit Behinderung müssen gehört und ihre Anliegen vor Ort  
369 berücksichtigt werden.
- 370 ⑩ Bildung von Beiräten für Menschen mit Behinderung in allen Orten
- 371 ⑩ Einbindung des Beirates für Menschen mit Behinderung in die Planung aller kommunalen Bauvorhaben.
- 372 ⑩ Schaffung von barrierefreien Wohnraum in urbaner Lage und guter Anbindung an alle in Frage kommenden  
373 Versorgungseinrichtungen.
- 374 ⑩ Die Städte und Gemeinden müssen sicherstellen, dass Informations- und Kommunikationsdienste,  
375 insbesondere aber Notdienste barrierefrei nutzbar sind.

376 Muss noch erarbeitet werden (neues bundesteilhabegesetz usw.)

## 377 Migration, Flucht und Asyl

378 Das Rheinland und damit auch der Kreis Wesel ist ein Einwanderungsland – erinnert sei an die zahlreichen  
379 osteuropäischen Bergleute, die vor 1900 zu uns in die Region kamen. Neue starke Zuzüge gab es unmittelbar nach  
380 Ende des II. Weltkriegs durch die Vertriebenen, in den 1960er Jahren durch bewusst gewollte Arbeitsmigration, nach  
381 1990 durch die Wiedervereinigung und den Jugoslawienkrieg und ab 2015 durch die Geflüchteten hauptsächlich aus  
382 dem syrischen Kriegsgebiet. Migrationsbewegungen verändern das gesellschaftliche Leben und stellen uns vor  
383 Herausforderungen. Vergangene wirtschaftliche Aufschwünge wären ohne Migration undenkbar. Für DIE LINKE ist  
384 es selbstverständlich, Migrant\*innen offen zu begegnen und gerade Geflüchteten einen „sicheren Hafen“ zu bieten.

385 Selbst in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund sind oftmals Diskriminierungen ausgesetzt,  
386 unter anderem Jugendliche bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Mehrere Untersuchungen haben aufgezeigt,  
387 dass Jugendliche mit „nicht deutsch klingendem Namen“ trotz besserer Noten weniger oft zu  
388 Bewerbungsgesprächen eingeladen wurden als Jugendliche mit „deutsch klingendem Namen“. Dieser strukturellen  
389 Diskriminierung von Migrant\*innen und Menschen mit Migrationshintergrund muss im Kreis Wesel ebenso  
390 entschieden entgegengetreten werden wie dem grassierenden, offenen Rassismus. Für alle öffentlichen Stellen im  
391 Kreis Wesel fordern wir die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren, um bestimmte Diskriminierungen zu  
392 vermeiden.

393 Notwendig sind dazu kommunale Anti-Diskriminierungsstellen sowie die Unterstützung der Selbstorganisation von  
394 Migrant\*innen. Die bestehenden Integrationsräte müssen kommunalen Ausschüssen in ihren Rechten gleichgestellt  
395 werden. DIE LINKE tritt für eine Einbeziehung von Migranten\*innen-Selbsthilfeorganisationen in die politischen  
396 Entscheidungsprozesse der Kommunen und eine aktive Unterstützung von Einbürgerungsprozessen ein.

397 Die Kommunen und die Ausländerbehörde des Kreises Wesel dürfen zudem gerade die Situation langzeitgeduldeter  
398 und illegalisierter Menschen nicht für Abschiebungen nutzen. Es ist unerträglich, dass zum Teil seit Jahrzehnten hier  
399 lebende Menschen in gesicherten Arbeitsverhältnissen abgeschoben werden, auch mit mittlerweile erwachsenen  
400 Kindern, die hier geboren wurden. DIE LINKE tritt für humanitäre Bleiberechtslösungen ein, dazu müssen alle  
401 Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

402 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten liegt in der Zuständigkeit der Kommunen.  
403 Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in  
404 Sammelunterkünften, sieht das Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften  
405 untergebracht werden sollen. Kommunen haben hier aber durchaus einen Spielraum, den sie nutzen sollten. DIE  
406 LINKE tritt für eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden und Geduldeten in regulären Wohnungen  
407 ein. Dies ist übrigens auch preiswerter als der Betrieb von Sammelunterkünften.

408 Notwendig ist auch eine schnelle Vermittlung Ankommender in Sprachkurse. Je länger die Wartezeiten, desto  
409 schwieriger sind Integrationsbemühungen. Hier sind die Kommunen in der Pflicht.

410 **DIE LINKE unterstützt das Bündnis „Städte sicherer Häfen“**, in dem sich die Städte und Gemeinden für die  
411 Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik einsetzen und tritt dafür ein, dass alle  
412 Kommunen des Kreis Wessel diesem Bündnis beitreten

## 413 **Kultur**

414 Am Umgang mit der Kultur lässt sich erkennen, wie ernst es unser Gemeinwesen mit der geistigen und  
415 schöpferischen Freiheit meint. **Kultur ist ein Gradmesser der Zivilisation.** Kultur liefert die Denkanstöße, die die  
416 bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft.

417 Dabei findet der größte Teil der Kulturarbeit unter besonders prekären Bedingungen statt, nur eine Minderheit der  
418 Kunstschaffenden kann gut und abgesichert davon leben.

419 **Kultur allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen, ist unsere zentrale Forderung.**

420 Die Kommunen im Kreis Wesel sind reich an kulturellen Einrichtungen und kulturellen Traditionen. In ihnen leben  
421 hervorragende Künstlerinnen und Künstler, alle Bereiche - von der Basiskultur über die freie Szene bis zur  
422 sogenannten Hochkultur – sind vertreten.

423 Mit den Mittelkürzungen beim der Dinslakener Burghofbühne, dem Kloster Kamp und weiteren Kultureinrichtungen  
424 haben Grüne, CDU und FDP die Kulturarbeit im Kreis Wesel geschwächt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Kürzungen im  
425 Kulturbereich zurückzunehmen und die Förderung des kulturellen Lebens auszubauen. Alle bestehenden kulturellen  
426 Einrichtungen im Kreis Wesel müssen erhalten bleiben, dazu gehören auch die öffentlichen **Bibliotheken. Prekäre**  
427 **Beschäftigung oder zu niedrige Entlohnung, z. B. bei Dozent\*innen bei VHS und Musikschulen, darf es nicht geben.**

428 **Zu einer aktiven Kulturpolitik gehört auch die kreisweite Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die**  
429 **staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der** unbürokratisch ermäßigten oder freien  
430 Eintritt in öffentliche Kultureinrichtungen und -darbietungen ermöglicht;

431 **Notwendig ist auch eine kreisweite Vernetzung und der Ausbau von Unterstützungsangeboten für**  
432 **Kulturschaffende.** Atelier- und Ausstellungsräume, Proberäume für Theatergruppen und Bands sind nur schwer zu  
433 finden, gerade für Gruppen und Menschen, die ihre künstlerische Arbeit nicht kommerziell betreiben (können). Hier  
434 müssen Kommunen und Kreis wesentlich aktiver werden.

435 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für  
436 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur beinhaltet auch,  
437 selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken entwickeln zu können, unabhängig von  
438 Bildung und Einkommen. **DIE LINKE tritt für den Erhalt und den Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern**  
439 **mit niedrigschwelligem Zugang und aktiven Mitmachangeboten im Kulturbereich ein.**

440

441

## 442 **Antifaschismus und Geschichtspolitik**

443 Nicht nur die gewaltbereite, neonazistische Szene, die auch im Kreis Wesel vertreten ist, stellt eine alltägliche Bedro-  
444 hung für zahlreiche Menschen in den Kommunen dar. Auch der gesellschaftliche Rechtsruck mit seinen Hassbot-  
445 schaften bedroht Geflüchtete, Migrant\*innen, Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist\*innen, Gewerk-  
446 schafter\*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen. Der durch die AfD vollkommen  
447 verrohte politische Diskurs endet nicht bei Worten, er führt zu Gewalt. Und er führt bei vielen Menschen zu einem  
448 Ohnmachtsgefühl, weil sie nicht wissen, wie sie aggressiv vorgetragener Hetze und rechten Fake-News entgegen-  
449 treten sollen. **Daher sind Bildungsangebote gegen rechte Stammtischparolen im Kreis Wesel dringend aufzubauen**  
450 **und zu fördern.**

451 **Solche Bildungsangebote müssen ein Baustein in einem umfassenden kreisweiten „Handlungskonzept gegen rech-**  
452 **te Umtriebe“ sein.** Aufklärungsarbeit an Schulen, in Vereinen, Betrieben und Institutionen müssen rechte Denk- und  
453 Argumentationsmuster entlarven sowie zur Zivilcourage motivieren. **Zudem muss die zivilgesellschaftliche Arbeit**  
454 **und Recherche gegen die organisierte Rechte im Kreis Wesel ganz konkret gestärkt werden.**

455 Wachgehalten werden muss die Erinnerung an die Zeit des Faschismus. DIE LINKE möchte eine interaktive Online-  
456 Dokumentation der im Kreis Wesel verlegten Stolpersteine für die Opfer der NS-Zeit ebenso befördern wie die wei-  
457 tere Verlegung von Stolpersteinen.

458 Mahnmale, die an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern, müssen gepflegt und vor Verunstaltungen geschützt  
459 werden. **Bei Straßenbenennungen sollten die Kommunen auch Opfer und Widerstandskämpfer\*innen aus dem**  
460 **Kreis Wesel berücksichtigen und das Andenken an sie wachhalten.**

461



463 **Wohnungspolitik**

464 In den Metropolen sind die Mieten in den vergangenen Jahren explodiert, im Kreis Wesel sind sie „nur“ gestiegen,  
465 deutlich höher als die Inflationsrate. Dass es im Kreis insgesamt weder Mietenexplosionen noch Wohnungsnot gibt,  
466 darf allerdings kein Grund für Untätigkeit sein. **Vielmehr müssen auch der Kreis und die Kommunen eine aktive**  
467 **Bau- und Wohnungspolitik betreiben und dürfen Wohnen nicht dem freien Markt überlassen.**

468 Mit den kreiseigenen und kommunalen Wohnungsgesellschaften gibt es bereits Instrumente, um den Neubau dau-  
469 erhaft belegungs- und preisgebundener Mietwohnungen in öffentlicher Hand umzusetzen. Öffentliche Wohnungs-  
470 bestände müssen zudem gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig modernisiert werden (Barrieren abbauen,  
471 schadstofffreie Baumaterialien verwenden, Energieeinspar-Maßnahmen durchführen). Diese Maßnahmen dürfen  
472 nicht zur Verdrängung von Mieter\*innen führen. **Erlöse der Wohnungsgesellschaften sollen reinvestiert werden**  
473 **und nicht als Gewinnzuführung in die kommunalen Haushalte bzw. den Kreishaushalt fließen.**

474 **Angesichts der demographischen Entwicklung im Kreis Wesel muss die Wohnungsberatung für Senior\*innen aus-**  
475 **gebaut werden.** Ältere Menschen möchten meistens in ihrem engeren Wohnumfeld verbleiben, weil sie über soziale  
476 Kontakte in der Nachbarschaft verfügen. Wenn die Wohnung aber nicht barrierefrei ist, in einem höheren Stockwerk  
477 liegt oder durch Veränderungen der Lebenssituation zu groß und/oder zu teuer ist, müssen Lösungen gefunden wer-  
478 den, die dennoch einen Verbleib im Umfeld ermöglichen.

479 Viele Anspruchsberechtigte nehmen Wohngeld-Leistungen nicht in Anspruch, weil ihnen das Antragsverfahren zu  
480 kompliziert erscheint. **Kreis und Kommunen gefordert, ein Beratungsangebot zum Wohngeld durch Flugblätter und**  
481 **mobile Beratungen vor Ort aufzubauen.**

482 Der Verkauf von Grund und Boden durch Kommunen ermöglicht Bodenspekulationen und kann auch Mietpreise in  
483 die Höhe treiben. **Von daher tritt DIE LINKE dafür ein, dass städtische Grundstücke nur noch auf Erbpachtbasis**  
484 **vergeben werden, also nach 99 Jahren wieder an die Kommune zurückfallen.**

## 486 Umwelt-, Klima- und Tierschutz

487 Den Kommunen kommt auf vielen Ebenen eine zentrale Rolle in den Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes zu. **Ziel**  
 488 **muss es sein, dass die Kommunen des Kreises Wesel bis spätestens 2035 klimaneutral sind. Der Kiesabbau und die**  
 489 **damit verbundene Zerstörung der niederrheinischen Landschaft muss zeitnah beendet werden. Dem Absterben**  
 490 **der Wälder muss entgegengewirkt werden. Tierschutz muss als umfassende kommunale Aufgabe begriffen wer-**  
 491 **den.** DIE LINKE tritt für eine Wende hin zu einer wirklich ökologischen Politik ein.

492 Einer der wichtigsten Bereiche zur Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses ist der Bereich der Energiegewinnung. **Stadtwer-**  
 493 **ke in öffentlicher Hand müssen dazu verpflichtet werden, selbst regenerative Energie regional zu erzeugen und zu**  
 494 **vermarkten.** Atomstrom und fossil gewonnene Energie muss hingegen aus dem Angebot genommen werden. **Ge-**  
 495 **nossenschaftliche örtliche Initiativen zur Gewinnung regenerativer Energien müssen durch die Kommunen mitini-**  
 496 **tiiert und gefördert werden. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern muss durch Beratungs- und**  
 497 **Förderprogramme vorangetrieben werden.**

498 Über 50 Einzelmaßnahmen umfasst das Klimaschutzkonzept des Kreises Wesel, welches bereits vor mehreren Jahren  
 499 entwickelt wurde. Doch CDU, Grüne und FDP haben bis Ende 2019 kein Geld zur Umsetzung der dort beschriebenen  
 500 Maßnahmen bereitgestellt. Vielmehr beschlossen sie, aus dem Klimabündnis auszutreten, um 5.000 Euro im Kreis-  
 501 haushalt einzusparen. **Die Umsetzung aller Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes auf Kreisebene muss personell**  
 502 **und finanziell sichergestellt werden.** Entsprechendes gilt für die kommunalen Klimaschutzkonzepte.

503 **Im Rahmen ihrer unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Gewerbe- und Umweltaufsicht müssen Kreis und Kom-**  
 504 **munen die Einhaltung von Umweltauflagen bei Unternehmen im Kreis Wesel wesentlich stärker als bisher über-**  
 505 **prüfen.** Bei der Kreispolizeibehörde ist zudem ein Kommissariat zur Bekämpfung der Umweltkriminalität einzurich-  
 506 ten. Beides ist erforderlich, um Umweltskandale wie den der illegalen Entsorgung von über 30.000 Tonnen BP-  
 507 Raffinerieabfällen (Ölpellets) in Schermbeck in Zukunft auszuschließen.

508 Durch die Dürresommer 2018 und 2019 sowie die Folgen des Klimawandels ist der Waldbestand auch im Kreis Wesel  
 509 stark angegriffen und gefährdet. **Kreis und Kommunen müssen gemeinsam einen Aktionsplan Wald aufstellen und**  
 510 **Aufforstungen mit heimischen, aber den Folgen des Klimawandels gewachsenen Bäumen entwickeln und aufstel-**  
 511 **len.**

512 **Im Rahmen des Tierschutzes sind Kontrollen bei Mastbetrieben deutlich zu verstärken.** DIE LINKE bedauert, dass  
 513 Grüne, CDU und FDP dem Hilferuf der Verwaltung nach mehr Personal für diesen Aufgabenbereich 2019 nicht gefolgt  
 514 sind und einen entsprechenden Verwaltungsvorschlag abgelehnt haben.

515 **Kreis und Kommunen müssen sich für eine Verbesserung des Hochwasserschutzes einsetzen, der nicht zuletzt**  
 516 **durch den Klimawandel an Bedeutung gewinnt.**

517

518 **Fragestellungen:**

519 **Weitere Programmteile: Sport? Frieden? Sicherheit und Ordnung? (wären jeweils sehr kurz)**

520 **Machen! = Faltblätter mit detaillierteren Forderungen bzw. „Handlungskonzepten“ erstellen zu:**

521 **Soziales & Arbeit**

522 **Umwelt und Klima**

523 **Kultur und Antifaschismus**